

Niederschrift

über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, dem 31.10.2013, um 19.00 Uhr,
im Bürgerhaus, im Stadtkern Heringen (Werra)

ANWESEND:

Stadtverordnetenvorsteher

Detlef Scheidt

Stadtverordnete CDU-Fraktion

Eckhard Bock

Peter Enzmann

Hans-Jürgen Ruch

Walter Schimmelpfennig

Friedhelm Schäfer

Anneliese Golez

Stadtverordnete SPD-Fraktion

Frank Roth

(bis TOP 9, 21.35 Uhr)

Bernd Maus

Monika Scheidt

André Wiedemann

Ralf Schaft

Hans-Jürgen Fischer

Dieter Eimer

Karl-Heinrich Köhler

Sabine Schäfer

Lothar Buch

Stadtverordnete WGH-Fraktion

Thomas Mötzing

Regina Langlotz

(bis TOP 8, 20.25 Uhr)

Reinhold Apel

Günter Weigand

(bis TOP 9, 21.35 Uhr)

Ingolf Pforr

Tim Golon

(bis TOP 10, 22.28 Uhr)

Stadtverordnete UL-Fraktion

Peter Stötter

Timo Jakob

Elfriede Möller

Hans-Werner Klotzbach

Lutz Zimmermann

Dirk Preisigke

stellvertretende Schriftführerin

VfWin Tina Baum

Vertretung für Herrn AR Michael Ernst

Bürgermeister

Hans Ries

Magistratsmitglieder

Erster Stadtrat Johannes Beyer

Stadtrat Gunter Hoch

Stadtrat Helmut Bode-Nohr

Stadträtin Evelyn Bock

Stadtrat Hagen Hildwein

von der Verwaltung

AR Michael Ernst

VA Helmut Jordan

VBW Bernd Roos

OAR Heinz-Joachim Ernst

VA Hermann-Josef Hohmann

TA Heiko Habermann

Azubi Karolina Bommer

ES FEHLEN ENTSCHULDIGT:

Stadtverordnete WGH-Fraktion

Jörn Weigand

Oliver Kühnel

Magistratsmitglieder

Stadtrat Fritz Walter

Stadtverordnetenvorsteher Scheidt eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr und stellt fest, dass

- die Einladung gemäß §§ 58 HGO i. V. m. § 5 Abs. 3 GO frist- und ordnungsgemäß erfolgte und
- zwischen dem Zugang der Ladung und dem heutigen Sitzungstag mindestens zehn Tage lagen.

Teil A

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit

Redner: Scheidt

Stadtverordnetenvorsteher Scheidt stellt fest, dass zurzeit 29 von 31 Stadtverordneten anwesend sind und damit die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung gegeben ist.

TOP 2: Feststellung der Tagesordnung

Redner: Scheidt, Bürgermeister Ries, Stötter, Roth

Zur Tagesordnung ergehen folgende Ergänzungen und Änderungen:

1. Bürgermeister Ries stellt einen Dringlichkeitsantrag des Magistrats vom 31.10.2013 auf Erweiterung der Tagesordnung i. S. Heizkostenerhöhung Stadtwerke; Weiterbelastung städtischer Mieter bzw. Vereine – Reintegration Stadt.
2. UL-Fraktionssprecher Stötter stellt einen Dringlichkeitsantrag der UL-Fraktion vom 30.10.2013 auf Erweiterung der Tagesordnung i. S. Heizkostennachzahlungsbescheide 2013 für städtische Liegenschaften.
3. UL-Fraktionssprecher Stötter stellt einen Dringlichkeitsantrag der UL-Fraktion vom 30.10.2013 auf Erweiterung der Tagesordnung i. S. Erstattung einer Anzeige gg. Unbekannt wegen der geforderten baulichen Nachbesserungen der Kraftwerksstraße.
4. SPD-Fraktionsvorsitzender Roth zieht aufgrund des vorliegenden VGH-Urteils i. S. Steinbergstraße den Antrag der SPD-Fraktion bzgl. Einstufung der Industriestraße im ST Lengers vom 17.04.2012 zurück. Damit entfällt TOP 12, wobei die nachfolgende Nummerierung bestehen bleibt.
5. SPD-Fraktionsvorsitzender Roth zieht aufgrund des vorliegenden VGH-Urteils den gemeinsamen Antrag der CDU-, SPD- und UL-Fraktion bzgl. Einstufung der Oberen und Unteren Goethestraße im Stadtkern Heringen (Werra) zurück. Damit entfällt TOP 13, wobei die nachfolgende Nummerierung bestehen bleibt.

Protokollnotiz: Stadtverordnetenvorsteher Scheidt weist darauf hin, dass die Tagesordnung um Angelegenheiten erweitert werden kann, die nicht auf der Einladung verzeichnet waren, wenn dem 2/3 der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung (= 21) zustimmen (§ 13 Abs. 2 GO).

Beschluss zu 1.) über den Dringlichkeitsantrag des Magistrats auf Erweiterung der Tagesordnung i. S. Heizkostenerhöhung Stadtwerke; Weiterbelastung städtischer Mieter bzw. Vereine – Reintegration:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die Erweiterung der Tagesordnung um den Dringlichkeitsantrag des Magistrats vom 31.10.2013 auf Erweiterung der Tagesordnung i. S. Heizkostenerhöhung Stadtwerke; Weiterbelastung städtischer Mieter bzw. Vereine – Reintegration Stadt durch Versagen der 2/3-Mehrheit ab. Damit wird dieser Antrag Beratungsgegenstand der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Abstimmungsergebnis zu 1.) Dringlichkeitsantrag des Magistrats auf Erweiterung der Tagesordnung i. S. Heizkostenerhöhung Stadtwerke; Weiterbelastung städtischer Mieter bzw. Vereine – Reintegration:

	JA	NEIN	ENTHALTUNGEN
SPD	-	11	-
UL	-	6	-
WGH	6	-	-
CDU	-	6	-
SUMME	6	23	-

Beschluss 2.) über den Dringlichkeitsantrag der UL-Fraktion vom 30.10.2013 auf Erweiterung der Tagesordnung i. S. Heizkostennachzahlungsbescheide 2013 für städtische Liegenschaften:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Erweiterung der Tagesordnung um den

Dringlichkeitsantrag der UL-Fraktion vom 30.10.2013 auf Erweiterung der Tagesordnung i. S. Heizkostennachzahlungsbescheide 2013 für städtische Liegenschaften. Der Beratungsgegenstand wird TOP 15.

Abstimmungsergebnis zu 2.) Dringlichkeitsantrag der UL-Fraktion vom 30.10.2013 auf Erweiterung der Tagesordnung i. S. Heizkostennachzahlungsbescheide 2013 für städtische Liegenschaften:

	JA	NEIN	ENTHALTUNGEN
SPD	11	-	-
UL	6	-	-
WGH	-	5	1
CDU	6	-	-
SUMME	23	5	1

Beschluss zu 3.) über den Dringlichkeitsantrag der UL-Fraktion vom 30.10.2013 auf Erweiterung der Tagesordnung i. S. Erstattung einer Anzeige gg. Unbekannt wegen der geforderten baulichen Nachbesserungen der Kraftwerksstraße:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Erweiterung der Tagesordnung um den Dringlichkeitsantrag der UL-Fraktion vom 30.10.2013 auf Erweiterung der Tagesordnung i. S. Erstattung einer Anzeige gg. Unbekannt wegen der geforderten baulichen Nachbesserungen der Kraftwerksstraße. Der Beratungsgegenstand wird TOP 16.

Abstimmungsergebnis zu 3.) Dringlichkeitsantrag der UL-Fraktion vom 30.10.2013 auf Erweiterung der Tagesordnung i. S. Erstattung einer Anzeige gg. Unbekannt wegen der geforderten baulichen Nachbesserungen der Kraftwerksstraße:

	JA	NEIN	ENTHALTUNGEN
SPD	10	-	1
UL	6	-	-
WGH	-	6	-
CDU	6	-	-
SUMME	22	6	1

Ferner ergehen keine weiteren Ergänzungen und Einwände gegen die Tagesordnung, die daraufhin von Stadtverordnetenvorsteher Scheidt festgestellt wird.

TOP 3: Bericht des Stadtverordnetenvorstehers

Redner: Stadtverordnetenvorsteher Scheidt

Stadtverordnetenvorsteher Scheidt teilt mit, dass keine schriftlichen Einwendungen gegen das Protokoll vom 26.09.2013 erhoben wurden. Damit ist das Protokoll vom 26.09.2013 geschlossen.

Des Weiteren informiert Stadtverordnetenvorsteher Scheidt über die ihm vorliegende Anfrage des Bürgermeisters vom 08.10.2013 bzgl. Sachstandsinfo betr. Schadenersatzklage gg. den Bürgermeister i. S. entgangener Betriebskostenzuschüsse für die Jahre 2012 bzw. 2013 (Beschluss der STV vom 21.03.2013, TOP 7). Dazu berichtet der Stadtverordnetenvorsteher, dass die Klage bei Gericht eingereicht wurde.

TOP 4: Bericht des Magistrats

Redner: Bürgermeister Ries

Bürgermeister Ries verliest den Bericht des Magistrats. Der Bericht ist allen anwesenden Stadtverordneten vor Beginn der Sitzung ausgehändigt worden.

TOP 5: Beantwortung der Anfrage der UL-Fraktion bzgl. Umsetzung / Sachstandsinfo verschiedener Maßnahmen

Redner: Bürgermeister Ries, Stötter (1 Zusatzfrage)

Protokollnotiz: Stadtverordnetenvorsteher Scheidt weist darauf hin, dass zwei Zusatzfragen gestattet sind, wobei die Fragestellerin Vorrang hat (§ 23 Abs. 3 GO).

Bürgermeister Ries beantwortet die Anfrage der UL-Fraktion bzgl. Umsetzung / Sachstandsinfo verschiedener Maßnahmen. Fraktionssprecher Stötter stellt eine Zusatzfrage, die von Bürgermeister Ries beantwortet wird.

Teil B

TOP 6: Beratung und Beschlussfassung betr. Antrag der UL-Fraktion bzgl. Umsetzung des Beschlusses vom 15.03.2012, TOP B 13 i. S. Angleichung der Kaufverträge Kraftwerkszufahrtsstraße

Redner: Stötter, Bürgermeister Ries, Eck, Bock, Fischer

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vorliegenden Antrag der UL-Fraktion bzgl. Umsetzung des Beschlusses vom 15.03.2013, TOP B 13 i. S. Angleichung der Kaufverträge Kraftwerkszufahrtsstraße. Damit wird der Magistrat aufgefordert, unverzüglich den v. g. Beschluss der damals noch drei Fraktionen auf Angleichung der Kaufverträge zu den Flächen für die Kraftwerksstraße umzusetzen, und somit allen Vertragspartnern 5 €/m² für die für Straße benötigten Flächen zu zahlen.

Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	ENTHALTUNGEN
SPD	11	-	-
UL	6	-	-
WGH	-	3	3
CDU	6	-	-
SUMME	23	3	3

TOP 7: Beratung und Beschlussfassung betr. Antrag des stellv. Stadtverordnetenvorstehers H.-J. Ruch bzgl. Rücknahme der Klage zur Einstufung der Steinbergstraße

Redner: Ruch, Bürgermeister Ries, Stötter

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig den Antrag des stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehers Ruch vom 26.09.2013 i. S. Rücknahme der Klage zur Einstufung der Steinbergstraße. Damit wird die Klage vor dem Verwaltungsgericht Kassel zur Einstufung der Steinbergstraße zurückgenommen.

Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	ENTHALTUNGEN
SPD	11	-	-
UL	6	-	-
WGH	6	-	-
CDU	6	-	-
SUMME	29	-	-

TOP 8: Beratung und Beschlussfassung betr. Widerspruch des Bürgermeisters zum Beschluss der STV vom 26.09.2013, TOP 7 betr. Haushaltssatzung und -plan 2013; hier: Überarbeitung nach Vorgabe der Kommunalaufsicht

Redner: Bürgermeister Ries, Roth, Stötter, Maus, Stadtverordnetenvorsteher Scheidt

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt erneut den Änderungsantrag der CDU-, SPD- und UL-Fraktion zur Haushaltssatzung mit –plan 2013 vom 26.09.2013 und lehnt damit den Widerspruch des Bürgermeisters vom 04.10.2013 gegen den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.09.2013, TOP 7, ab.

Protokollnotizen:

1. Stadtverordnetenvorsteher Scheidt unterbricht in der Zeit von 20.25 Uhr bis 20.35 Uhr die Sitzung (Raucherpause).
2. WGH-Stadtverordnete Regina Langlotz verlässt die Sitzung ab 20.25 Uhr.
3. Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher Ruch übernimmt in der Zeit von 20.52 bis 20.56 Uhr den Vorsitz.
4. Stadtverordnetenvorsteher Scheidt weist darauf hin, dass gemäß § 63 Abs. 1, Satz 5 HGO über die strittige Angelegenheit in einer neuen Sitzung nochmals zu beschließen ist.
5. Auf Antrag der SPD-Fraktion unterbricht Stadtverordnetenvorsteher Scheidt in der Zeit von 21.02 bis 21.07 Uhr die Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	ENTHALTUNGEN
SPD	11	-	-
UL	3	-	3
WGH	-	5	-
CDU	6	-	-
SUMME	20	5	3

TOP 9: Beratung und Beschlussfassung betr. Abschluss eines Pacht- und Betreibervertrages für die Breitband-Leerrohranlage der Stadt Heringen (Werra)

Redner: Stötter (Ausschussempfehlung), Bürgermeister Ries, Fischer, Mötzing, Eck. Bock

Anmerkung: Der Ausschussvorsitzende gibt die Empfehlung des Fachausschusses bekannt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Änderungsantrag der UL-Fraktion vom 31.10.2013 i. S. bestehendem Klärungsbedarf zum vorliegenden Pacht- und Betreibervertrages für die Breitband-Leerrohranlage der Stadt mit der Firma mr. net services GmbH & Co. KG, Flensburg, unter Berücksichtigung des Ergänzungsantrages der CDU-Fraktion vom 31.10.2013 betr. Erläuterung der Vertragskonditionen durch einen Mitarbeiter der v. g. Firma. Damit ist der Tagesordnungspunkt an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses unter Hinzuziehung eines Firmenmitarbeiters zurück überwiesen und wird Thema der nächsten Stadtverordnetenversammlung.

Protokollnotizen:

1. UL-Fraktionssprecher Stötter stellt einen Änderungsantrag der UL-Fraktion vom 31.10.2013 zu TOP 9 i. S. bestehender Klärungsbedarf zum vorliegenden Pacht- und Betreibervertrag für die Breitband-Leerrohranlage der Stadt und Rücküberweisung an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss.
2. CDU-Fraktionsvorsitzender Eck. Bock stellt einen Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vom 31.10.2013 zum v. g. Änderungsantrag der UL-Fraktion i. S. Hinzuziehung eines Firmenmitarbeiters der Fa. mr. net services GmbH & Co. KG, Flensburg, zur nächsten Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusssitzung.
3. Stadtverordnetenvorsteher Scheidt unterbricht in der Zeit von 21.35 bis 21.45 Uhr die Sitzung (Raucherpause).
4. Im Einvernehmen mit den beiden Antragstellern wird auf Nachfrage des Stadtverordnetenvorstehers Scheidt nur über den um den Zusatz des CDU-Antrags ergänzten Änderungsantrag der UL-Fraktion abgestimmt.
5. SPD-Stadtverordneter Roth verlässt die Sitzung um 21.35 Uhr.
6. WGH-Stadtverordneter Weigand verlässt die Sitzung um 21.35 Uhr.

Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	ENTHALTUNGEN
SPD	9	-	1
UL	6	-	-
WGH	-	3	1
CDU	6	-	-
SUMME	21	3	2

TOP 10: Beratung und Beschlussfassung betr. Gemeinsamer Antrag der CDU-, SPD- und UL-Fraktion bzgl. umgehende Schließung des Lager- und Ummörtelplatzes am Fülleroder Weg

Redner: Stötter, Bürgermeister Ries, Eck. Bock

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Ergänzungsantrag der UL-Fraktion vom 31.10.2013 zu TOP 10 i. S. Nutzungsverbot des Lager- und Ummörtelplatzes am Fülleroder Weg auch für zukünftige Baumaßnahmen unter inhaltlicher Berücksichtigung des bereits vorliegenden gemeinsamen Antrags der CDU-, SPD- und UL-Fraktion bzgl. umgehende Schließung

des Lager- und Ummörtelplatzes am Fülleroder Weg. Damit ist der Magistrat aufgefordert, den Lager- und Ummörtelplatz am Fülleroder Weg umgehend zu schließen und bei zukünftigen Baumaßnahmen geschlossen zu lassen. Es ist eine Alternativlösung zu suchen, wie z. B. die Fläche hinter dem Rennplatz „Auf der Driescher“.

Protokollnotizen:

1. UL-Fraktionssprecher Stötter stellt einen Ergänzungsantrag der UL-Fraktion vom 31.10.2013 zu TOP 10 i. S. Nutzungsverbot des Lager- und Ummörtelplatzes am Fülleroder Weg auch für zukünftige Baumaßnahmen.
2. Eine Abstimmung erfolgt lediglich über den Ergänzungsantrag als weitestgehendem Antrag und nicht über den ursprünglichen gemeinsamen Antrag der CDU-, SPD- und UL-Fraktion bzgl. umgehende Schließung des Lager- und Ummörtelplatzes am Fülleroder Weg.
3. WGH-Stadtverordneter Golon verlässt die Sitzung um 22.28 Uhr.

Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	ENTHALTUNGEN
SPD	10	-	-
UL	6	-	-
WGH	-	2	1
CDU	6	-	-
SUMME	22	2	1

TOP 11: Beratung und Beschlussfassung betr. Gemeinsamer Antrag der CDU-, SPD- und UL-Fraktion bzgl. Strafanzeige gg. Bürgermeister Ries wg. Amtsmissbrauch

Redner: Eck, Bock, Bürgermeister Ries, Fischer, Stötter

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den vorliegenden gemeinsamen Antrag der CDU-, SPD- und UL-Fraktion bzgl. Strafanzeige gg. Bürgermeister Hans Ries wg. Amtsmissbrauch. Damit wird der Stadtverordnetenvorsteher beauftragt, gegen Bürgermeister i. S. Umgang mit Veröffentlichungen im Mitteilungsblatt der Stadt Heringen wegen Amtsmissbrauch Strafanzeige zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	ENTHALTUNGEN
SPD	10	-	-
UL	6	-	-
WGH	-	2	1
CDU	6	-	-
SUMME	22	2	1

TOP 12: Beratung und Beschlussfassung betr. Antrag der SPD-Fraktion bzgl. Einstufung der Industriestraße im ST Lengers

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt, da der SPD-Fraktionsvorsitzende Roth den Antrag der SPD-Fraktion bzgl. Einstufung der Industriestraße im ST Lengers zurückgezogen hat.

TOP 13: Beratung und Beschlussfassung betr. Gemeinsamer Antrag der CDU-, SPD- und UL-Fraktion bzgl. Einstufung der Oberen und Unteren Goethestraße im Stadtkern Heringen (Werra)

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt, da der SPD-Fraktionsvorsitzende Roth den gemeinsamen Antrag der CDU-, SPD- und UL-Fraktion bzgl. Einstufung der Oberen und Unteren Goethestraße im Stadtkern Heringen (Werra) zurückgezogen hat.

TOP 14: Beratung und Beschlussfassung betr. Gemeinsamer Antrag der CDU-, SPD- und UL-Fraktion bzgl. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20 "Im Ried"

Redner: Stötter, Bürgermeister Ries, Fischer, Maus, Eck. Bock

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Änderungsantrag des Bürgermeisters vom 31.10.2013 i. S. Kontaktaufnahme mit der Fa. Lidl und Abgabe einer positiven Stellungnahme zum Erhalt des bestehenden Marktes. Damit wird der Bürgermeister beauftragt, der Fa. Lidl mitzuteilen, dass die Stadt sowohl mit dem derzeitigen Angebot, als auch mit den aktuellen Umständen durchaus zufrieden ist und daher die Aufforderung ergeht, den Lidl-Markt in der Stadt Heringen weiterzuführen.

Protokollnotizen:

1. Bürgermeister Ries stellt einen Änderungsantrag zum TOP 14 i. S. Kontaktaufnahme mit der Fa. Lidl und Abgabe einer positiven Stellungnahme zum Erhalt des bestehenden Marktes.
2. Der Änderungsantrag des Bürgermeisters wird im Einvernehmen aller Fraktionen dahingehend erweitert, dass mit der Fa. Lidl Gespräche geführt werden sollen, um herauszuarbeiten, unter welchen Umständen die Fa. Lidl diesen Markt weiter betreiben oder ggf. andere Lösungen zur Standorterhaltung eingehen würde.
3. Es wird nur über den Änderungsantrag des Bürgermeisters als weitestgehendem Antrag und nicht über den ursprünglichen gemeinsamen Antrag der CDU-, SPD- und UL-Fraktion bzgl. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 20 „Im Ried“ abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

	JA	NEIN	ENTHALTUNGEN
SPD	9	-	2
UL	4	2	-
WGH	3	-	-
CDU	5	-	-
SUMME	21	2	2

Stadtverordnetenvorsteher Scheidt schließt die Sitzung um 23.24 Uhr.

Die Niederschrift über die Sitzung vom 31.10.2013 wurde gemäß § 61 HGO gefertigt.

Heringen (Werra), 04.11.2013

gez.

Detlef Scheidt
Stadtverordnetenvorsteher

gez.

Tina Baum, VfWin
stellv. Schriftführerin

BERICHT DES MAGISTRATS

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31.10.2013

- Magistratssitzungen vom 30.09.2013 bis 28.10.2013 -

Angesichts der massiven Probleme und Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Wahlhelfern soll erstmals anlässlich der Europawahl am 25.05.2014 das Erfrischungsgeld auf 30,00 €/Person erhöht und unter den ehrenamtlich Berufenen ein Reisegutschein über 300,00 € verlost werden.

Der mit der Konzepthaus Gesellschaft für soziales Marketing GmbH, Worms, bestehende Vertrag betr. des Tempo-Messgeräts in der Wölfershäuser Straße wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt am 19.01.2015 schriftlich gekündigt.

Mit dem Landkreis Hersfeld-Rotenburg wird bzgl. Unterstützung zur Erfüllung der Aufgaben nach der GemHVO-Doppik bzw. zur Erstellung der Bilanzen und bei Fragen der GemHVO-Doppik eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung abgeschlossen. Die Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und läuft mindestens fünf Jahre ab Vertragsschluss. Die Kosten berechnen sich nach Aufwand mit 65,00 €/Stunde und Mitarbeiter des Landkreises; Fahrtkosten sind hierin enthalten.

Die Verhandlungsniederschrift über die öffentliche Sitzung der 3. Kammer des Verwaltungsgerichts Kassel i. S. Verwaltungsstreitverfahren zur Einstufung der Steinbergstraße wurde allen Stadtverordneten vorgelegt, um damit die Möglichkeit zu erhalten, die Erfolglosigkeit und Aussichtslosigkeit des Handelns zu erkennen. Die Verfahrenskosten betragen über 3.000,00 €. Die Klägervertretung hat während der Verhandlung auf dringendes Anraten des Gerichts erklärt, die Klage zurückzunehmen. Nach Einwilligung des Vertreters des Beklagten in die Klagerücknahme wurde folgender Beschluss verkündet:

- Das Verfahren wird eingestellt.
- Die Kosten des Verfahrens trägt die Stadtverordnetenversammlung als Klägerin.
- Der Streitwert wird auf 10.000,00 € festgesetzt.

Die Beklagtenvertretung hat festgestellt, dass der Rechtsstreit bei ordnungsgemäßer Vorbereitung der Klägerseite vermeidbar gewesen wäre.

Der Aufforderung des Magistrats, den im Stadtgebiet derzeit diskutierten Sachverhalt in einer Pressemitteilung zu erläutern und richtigzustellen, wurde Genüge getan.

Die Vergabe folgender Aufträge wurde aus haushaltsrechtlichen Gründen und dem Hinweis, dass durch die Stadtverordnetenversammlung am 26.09.2013 eine Haushaltssperre beschlossen wurde, mehrheitlich abgelehnt:

- Ausbau des Wirtschaftsweges „Am Rottberg“
- Erneuerung des Wirtschaftsweges „An der Kolonie“ und
- Verlegung des Kabelleerrohres im Zuge des Ausbaus des Wirtschaftsweges „Am Rottberg“.

Nähere Ausführungen zur Haushaltssperre wurden nicht gegeben.

Der Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 18.04.2013 liegt vor. Es wurde eine umfangreiche Prüfung der Haushaltswirtschaft, der Rechtmäßigkeit der Straßenbeiträge, Haushaltsreste und dem Bau des Ganzjahresbades vorgenommen. In der am 30.09.2013 stattgefundenen Erörterungsbesprechung wurde seitens des RPA ausdrücklich bestätigt, dass bei Bildung und Übertragung von Haushaltsresten, bei Veranlagung von Straßenbeiträgen und der Durchführung der Baumaßnahme Ganzjahresbad die haushalts-, beitrags- und vergaberechtlichen Bestimmungen bis auf ganz wenige Ausnahmen – diese bedingt durch politische Entscheidungen des Stadtparlamentes – eingehalten wurden.

Der komplette Prüfungsbericht liegt den Mitgliedern des Magistrats, dem Stadtverordnetenvorsteher und den Fraktionsvorsitzenden/-sprechern vor. Er wurde im Magistrat eingehend erörtert; dabei wurde ausdrücklich festgestellt, dass die Verwaltung hinsichtlich der kontrollierten Prüfungsfelder korrekt und entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen gearbeitet hat. Die wenigen aufgeführten Beanstandungen resultieren aus politischen Entscheidungen des Parlaments.

Die Festbetragskassenkredite, Tagesgeld, Festgeld, Kasseneinnahmereste, Kommunalkredite, Gewerbesteuer belaufen sich mit Stand per 30.09.2013 auf:

Gesamtbetrag / Art	Betrag (€)
Festbetragskassenkredite	4.390.000,00
Tagesgeld auf Cashkonto	0,00
Festgeld	0,00
Kasseneinnahmereste	777.140,78
Kommunalkredite	37.279.258,55
Jahreseinnahme Gewerbesteuer	14.705.828,08

An die Bürgerstiftung im Landkreis Hersfeld-Rotenburg zur Unterstützung für gemeinnützige Zwecke, der internationalen Gesinnung und des Völkerverständigungsgedankens wurde ein Antrag zur finanziellen Förderung der Gedenkstättenfahrt 2013 gestellt. Um weiteren Schaden von der Stadt abzuwenden, soll nach Vorlage des positiven Bescheides und wegen der Dringlichkeit der Maßnahme alsbald mit der Planung begonnen werden.

In einem Telefonat zwischen der Kommunal- und Finanzaufsicht des Landkreises Hersfeld-Rotenburg und dem Fachbereichsleiter Finanzen wurde mitgeteilt, dass auf Grund des Widerspruches des Bürgermeisters zu TOP 7 des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 26.09.2013 eine aufschiebende Wirkung zum Haushaltsbeschluss eintritt, der Beschluss demnach zunächst nicht umzusetzen ist und somit die Haushaltswirtschaft, wie auch zuvor, im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 99 HGO zu führen sei.

Aus einer eingegangenen Gewerbesteuermitteilung des Finanzamtes Kassel am 14.10.2013 geht hervor, dass sich die Gewerbesteuerzahlungen des größten hiesigen Unternehmens für das Jahr 2013 drastisch verringern werden.

Im Entwurf des Haushalts 2014 sollen Mittel für den Bau eines Hochwassergrundablasses am Sportplatz Widdershausen auf der HHSt. 6900.9500 (Wasserläufe, Baumaßnahmen) in Höhe von 18.000,00 € veranschlagt werden.

Für die Verkehrsanlage „Lengerser Rain“ im Stadtkern werden gem. § 14 Straßenbeitragssatzung (StrBS) Vorausleistungen in Höhe von 3,00 €/m² erhoben; für die Verkehrsanlage „Am Forstamt“ im Stadtkern 4,00 €/m².

Mit Schreiben vom 15.10.2013 wurden die Bürgermeister der Landkreiskommunen betr. Verhandlungen mit dem Landrat hinsichtlich Aussetzung der Verpflichtungen in Folge der EKVO angeschrieben. Vorliegende Rückantworten der Amtskollegen haben ein diesbezügliches Vorgehen nicht bestätigt.

HessenMobil hat mit Schreiben vom 14.10.2013 einen Antrag auf Erteilung einer Ausnahmege-
nehmigung zur Befahrung des städtischen Weges – Verlängerung Unter der Hanacht / Werraweg – zum Zwecke des Baues eines Retentionsraumes gestellt.

Die Stadt Heringen (Werra) hat einen Antrag auf Zuwendungen für die Beschaffung eines Einsatzleitwagens 1 (ELW 1) für die FFW Heringen und damit verbunden eine Aufnahme in die Prioritätenliste des Landkreises gestellt. Die entsprechenden Unterlagen sind über den Landkreis Hersfeld-Rotenburg an das Ministerium des Innern und für Sport weitergeleitet worden.

Bei der Hessischen Landesbank in Frankfurt am Main wird im Verbund mit der Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg ein Darlehen in Höhe von 2.939.640,00 € zu folgenden Konditionen aufgenommen: Auszahlung 100 %, Zinsen 3,44 % p. a. für die Gesamtlaufzeit (15.03.2043), Tilgung 2 % p. a. zzgl. ersparter Zinsen. Zinszahlung vierteljährlich nachträglich, erstmals am 15.03.2014.

Der Wirtschafts- und Hauungsplan des Forstamtes Rotenburg sieht für das Jahr 2014 - bezogen auf den Stadtwald Heringen - folgende Haushaltsansätze vor: Einnahmen 14.675,00 €, Ausgaben 13.685,00 €, Überschuss 990,00 €.

Durch den vor kurzem aufgetretenen Wasserschaden im Gutshofgebäude Kleinensee (Pilzbefall im Deckenbalken) sind dringend durchzuführende Maßnahmen erforderlich geworden. Bevor der Auftrag zur Holzaufbesserung bzw. zum Austausch des Balkens nach DIN 68800 vergeben wird,

soll eine Überprüfung durch das Gesundheitsamt des Landkreises Hersfeld-Rotenburg veranlasst werden.

Für die vom 09. bis 14.12.2013 nach Auschwitz in Verbindung mit unseren Partnerstädten geplante Gedenkstättenfahrt werden Mittel in Höhe von 14.000,00 € bereitgestellt. Einnahmen in Höhe von 8.260,00 € werden erwartet. Eine zusätzliche finanzielle Förderung durch die Bürgerstiftung im Landkreis Hersfeld-Rotenburg wird im Dezember d. J. entschieden.

Die Stadt Heringen (Werra) wird sich beim Aufbau einer gemeinsamen Geodateninfrastruktur in den drei Landkreisen Hersfeld-Rotenburg, Schwalm-Eder-Kreis und Werra-Meißner-Kreis unter Beteiligung der kreisangehörigen Kommunen beteiligen. Eine öffentliche-Vereinbarung wird abgeschlossen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2014 sollen die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Die Umsetzung des Projektes erfolgt erst nach Bewilligung von Fördermitteln durch das Land Hessen und nach Annahme des Bewilligungsbescheides. Die Annahme des Bewilligungsbescheides bedarf der Zustimmung des Landkreises Hersfeld-Rotenburg, des Schwalm-Eder-Kreises und des Werra-Meißner-Kreises.

Aufgrund der engen Terminsetzungen zwischen den Sitzungen der Gremien hinsichtlich der Aktualisierung zum Haushalt 2013 ergibt sich nachfolgender Zeitablauf:

- 07.11.2013 Versendung der Änderungslisten an Magistrat und Ausschüsse
- 11.11.2013 Behandlung und Empfehlung Magistrat
- 14.11.2013 Behandlung und Empfehlung HFWA
- 19.11.2013 Behandlung und Empfehlung Bauausschuss und Kulturausschuss - soweit zuständig -
- 21.11.2013 Behandlung und Beschlussfassung Stadtverordnetenversammlung

Lt. tel. Auskunft von HessenMobil soll die Baumaßnahme „Stützmauer im Bereich Rottberg“ Ende November abgeschlossen sein. Eine vorzeitige Öffnung der L 3172 im Bereich „Stützmauer Rottberg“ ist derzeit ausgeschlossen. Gemäß seinerzeitiger Erklärung sollte die Sperrung maximal 3 Wochen dauern.